



SPD

Pressedienst der SPD-Landtagsfraktion

Herausgegeben von der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

**Sperrfrist: Redebeginn
Unkorrigiertes Redemanuskript – Es gilt das gesprochene Wort**

Mainz, den 2. Oktober 2013
www.spdfraktion-rlp.de

Rede

**des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Hendrik
Hering, in der Debatte zur Einbringung des Entwurfs des
Doppelhaushalts 2014/2015**

**Zuverlässigkeit und Realismus
Zukunftsgerechte Konsolidierung und nachhaltige
Investitionen stehen im Zentrum unserer Politik für
Rheinland-Pfalz**

Verantwortlich: Barbara Schleicher-Rothmund, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
☎ 06131-2083218
☎ 06131-2084217
Internet: www.spdfraktion-rlp.de
E-Mail: Katharina.Geriz@spd.landtag.rlp.de

Meine Damen und Herren,

wir diskutieren heute den Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2014/2015.

Mit diesem Haushaltsentwurf der Landesregierung wird deutlich: Rot-Grün lässt sich nicht von seinem Kurs abbringen.

Dieser Kurs heißt:

- Verlässlichkeit erstens bei der Finanzierung zentraler Zukunftsinvestitionen, die Rheinland-Pfalz sozial und ökologisch voranbringen: verlässliche Investitionen in Bildung, in soziale und innere Sicherheit, in die Energiewende, in den Naturschutz, eine schon in der vergangenen Wahlperiode angekündigte erhebliche Verbesserung der Kommunalfinanzen, Erhalt der guten Rahmenbedingungen für den erfolgreichen Wirtschaftsstandort.
- Verlässlichkeit zweitens aber auch bei der Umsetzung der neuen Schuldenbremse, d.h. strikte Einhaltung des sehr anspruchsvollen Defizitabbaukurses, um bis 2020 verbindlich einen Landeshaushalt ohne neue Schulden zu erreichen. Und dies schließt ein
- Verlässlichkeit auch dann, wenn es schwierig wird, Haltung, wenn es darum geht, etwas durchzusetzen und Verantwortung zu übernehmen –

also genau das, meine Damen und Herren, was der CDU in diesem Haus so offenkundig fehlt.

Zuletzt haben Sie beim Flughafen Hahn bewiesen, was Sie unter Verantwortungsübernahme verstehen.

Auch bei der Kommunal- und Verwaltungsreform haben Sie sich sehr schnell entschieden, sich aus der Verantwortung zu flüchten und sich opportunistisch jedem Widerstand angeschlossen.

Bei der Neuregelung der kommunalen Finanzen haben Sie ebenfalls schnell die Suche nach gemeinsamen Lösungen aufgegeben und sich Maximalforderungen zu eigen gemacht, die eine Verständigung unmöglich machen mussten.

Die CDU verweigert die konstruktive Mitgestaltung bei Fragen, die für die Zukunft des Landes wichtig sind. Die CDU hat sich unter Frau Klöckner zu einer Politik der Totalopposition entschieden. Besser ausgedrückt, Sie, Frau Klöckner, haben dies der CDU vorgegeben.

Mit diesem Haushalt gestalten wir Politik für ein Bundesland, das im Ländervergleich gut dasteht. Dies verdrängen Sie, weil es nicht in Ihr parteipolitisches Kalkül passt.

Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit der drittniedrigsten Arbeitslosigkeit. Unsere Wirtschaft wächst schneller als im Bundesdurchschnitt. Der Spitzenplatz in der Exportquote zeigt: unsere Wirtschaft ist konkurrenzfähig.

Ganztagsschule, weit fortgeschrittener Stand beim Ausbau der Kinderbetreuung, das sind einige Stichworte der Erfolgsstory in der Bildungspolitik. Der Ausbaustand bei den erneuerbaren Energien zeigt, dass wir uns den wichtigen Zukunftsausgaben stellen. Diese Tatsachen wollen Sie nicht anerkennen. Das ist ein Grund dafür, dass es schwierig ist, mit Ihnen über gemeinsame Politikansätze zu diskutieren.

Wir werden mit Ruhe und Beharrlichkeit an der zentralen Aufgabe weiter arbeiten, Zukunftsgestaltung und Konsolidierung der Landesfinanzen miteinander zu vereinbaren. Dabei sind wir schon ein sehr gutes Stück vorangekommen. Wir werden unsere Ziele erreichen.

Und die immer gleiche Einfallslosigkeit der Angriffe der CDU, die wir auch eben gerade wieder zur Kenntnis nehmen mussten, ist sicher das Letzte, was uns von diesem Kurs abbringen könnte.

Meine Damen und Herren,

ich kann auch Ihr Frohlocken angesichts des Ergebnisses der Bundestagswahl gar nicht nachvollziehen. Tatsache ist: die schwarz-gelbe Bundesregierung ist abgewählt worden! Das scheint bislang aufgrund des guten, unbestreitbar sehr guten Wahlergebnisses für die Kanzlerin gar nicht richtig zu Bewusstsein gekommen zu sein. Auch Ihnen nicht, Frau Klöckner.

Nach dieser Wahl wird es keine reine CDU-Politik im Bund geben. Sondern es wird so oder so eine Politik geben, die Inhalte durchsetzen wird, die von der CDU bislang vehement abgelehnt worden sind. Das ist das Ergebnis der Bundestagswahl, unabhängig davon, welche Regierungskonstellation tatsächlich zustande kommen wird.

Die Menschen haben Frau Merkel gewählt, auch in Rheinland-Pfalz. Und darauf hat es die CDU mit ihrer Wahlkampfstrategie ja auch angelegt. Die Union als politische Partei ist hinter der Person Frau

Merkel praktisch unsichtbar geblieben oder gemacht worden. Oder meinen Sie im Ernst, die CDU sei für das Betreuungsgeld gewählt worden? Oder für die Hotelsteuer? Oder für die lange Liste unerledigter Vorhaben und Versprechungen der letzten Wahlperiode? Oder für die anderen Wahlversprechen, die noch während des Wahlkampfs aus der eigenen Regierung heraus als unfinanzierbar kritisiert wurden?

Die Menschen haben Frau Merkel gewählt. Dafür mag es viele Gründe geben. Aber Merkel-Stimmen sind keine Klöckner-Stimmen.

Ich möchte zu den aktuellen Entwicklungen auf der Bundesebene aber noch eine Anmerkung machen. Ich finde es bemerkenswert, dass die CDU sich offenbar anschickt, auch hieran hat sich Frau Klöckner ja beteiligt, den Begriff der staatspolitischen Verantwortung neu zu definieren: staatspolitische Verantwortung ist, wenn man mit der CDU koalitiert, wenn sie es will!

Das ist bemerkenswert.

Meine Damen und Herren,

Deutschland ist kein CDU-Staat.

Frau Klöckner, Sozialdemokraten brauchen sich von Ihnen nicht über staatspolitische Verantwortung belehren zu lassen. Bei zentralen Fragen für unser Land hat die SPD immer Verantwortung bewiesen.

Wer andere an ihre Verantwortung erinnert, der muss sich darüber bewusst sein, dass er die Gegenfrage gestellt bekommt: wo hat man selbst Verantwortung übernommen? Die Antwort für die CDU-Landtagsfraktion fällt eindeutig aus: Immer, wenn es schwierig wurde, wenn mit spürbaren Widerständen zu rechnen war, haben Sie sich in die Büsche geschlagen (Flughafen Hahn, Kommunal- und Verwaltungsreform, kommunale Finanzen, Schulreform).

Meine Damen und Herren,

mit dem Doppelhaushalt 2014/2015 setzen wir den eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung des Landeshaushalts konsequent fort, den wir mit dem letzten Doppelhaushalt begonnen hatten.

Das strukturelle Defizit des Landeshaushalts sinkt auf 607 Mio. Euro in 2015 ab, d.h. gegenüber 2013 erreichen wir in den beiden Haushaltsjahren eine Verbesserung von 229 Mio. Euro.

Damit bleiben wir 400 Mio. unter der Verfassungsgrenze, d.h. wir sparen deutlich mehr, als uns dies die Schuldenbremse in der Verfassung vorgibt.

Nimmt man alle bis Ende 2015 erbrachten Konsolidierungsbeträge zusammen, werden wir den Landeshaushalt mit diesem Doppelhaushalt strukturell um insgesamt 976 Mio. Euro entlastet haben. Zweifel am politischen Willen und an der Fähigkeit dieser Koalition, ihre ambitionierte Konsolidierungsplanung auch durchzuhalten, dürften damit nachhaltig zerstreut sein. Wir sind auf gutem Wege. Das ist umso bemerkenswerter, als die Steuergesetzgebung des Bundes dem Land dauerhaft Einnahmen von rd. 580 Mio. Euro pro Jahr entzogen hat. D.h.: ohne die unverantwortliche Steuerpolitik der Bundesregierung hätten wir schon 2016 einen ausgeglichenen Haushalt.

Meine Damen und Herren,

4

in diesen Tagen wird oft ins Feld geführt, dass die Einnahmen des Staates so hoch seien wie nie zuvor. Das stimmt. Auch in Rheinland-Pfalz steigen die Steuereinnahmen und erreichen 2015 einen Höchststand, auch wenn man die Inflation abzieht. Die naheliegende Folgerung, diese Mehreinnahmen könnten doch vollständig zum Schuldenabbau oder zur Verringerung der Steuerlast der Allgemeinheit verwendet werden, ist aber so einfach wie falsch. Sie wird trotzdem immer wieder auch von der CDU in diesem Hause bemüht.

Der Finanzminister hat gestern dargelegt, dass den gestiegenen Einnahmen auch gestiegene rechtsverbindliche Ansprüche gegenüber stehen. Das ist bei den Pensionsansprüchen der Fall, bei Besoldungs- und Gehaltserhöhungen, bei Beihilfe und sogenannten Lohnnebenkosten, bei steigenden Sozialleistungen u.a.m.

Tatsache ist: die Gesamtausgaben steigen in diesem Doppelhaushalt geringer als die Gesamteinnahmen. Auch daran kann man sehen, dass gespart wird.

Die CDU hat in ihren Reaktionen auf die Vorstellung des Haushaltsentwurfs kritisiert, dass die Landesregierung das strukturelle Defizit in den Vordergrund spiele.

Es ist völlig klar, warum der CDU heute der Hinweis auf das strukturelle Defizit nicht gefällt. Im Grunde hat sie mit ihrer Kritik ja ein großes Lob auf unsere Haushaltspolitik ausgesprochen. Die starke Absenkung des strukturellen Defizits macht ja deutlich, dass der Konsolidierungsprozess in Rheinland-Pfalz sehr gut voranschreitet! Das gefällt Ihnen nicht, und deshalb möchten Sie lieber davon ablenken. Aus diesem Grunde pflegen Sie einen haushaltspolitischen Anachronismus, wenn sie die Nettokreditaufnahme als Indikator für die tatsächliche Haushaltssituation gegenüber dem strukturellen Defizit höher bewerten wollen. Bei der Verabschiedung der neuen Verfassungsregel waren Sie schon einmal weiter.

Die CDU steht mit ihrer Behauptung, der vorgelegte Haushalt sei kein Sparhaushalt, ziemlich isoliert da. In der Presse fanden sich Überschriften wie „Rot-Grün setzt den Rotstift an“; „Der richtige Weg“; „Zur Sache: das Sparpaket“. Selbst der Bund der Steuerzahler fand den Entwurf begrüßenswert und sah das Land auf Konsolidierungskurs. Ist Frau Klöckner etwa zur einsamen Ruferin in der Wüste geworden? Sicher nicht! Sie ist vielmehr eine Expertin der Realitätsverweigerung. Ihre CDU besitzt weder die Kompetenz zu substantiellen und realistischen Einsparvorschlägen, noch ist sie in der Lage zu sehen, was allgemein gesehen wird: die erreichte Konsolidierung und die mit diesem Doppelhaushalt fortgesetzten Sparmaßnahmen.

Meine Damen und Herren,

im Unterschied zur abgewählten Bundesregierung hat diese Landesregierung, hat die rot-grüne Koalition die bislang erlangte Konsolidierung des Landeshaushalts mit tatsächlichen Einsparungen erreicht. Völlig zu Recht hat ja die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG am 15.09.2013 festgestellt: „Schäuble ist der erste Finanzminister seit langem, der in seiner Amtszeit nie ernsthaft kürzen musste.“ Die alte Bundesregierung hat sich auf die niedrigen Zinsen verlassen, die ihr die Eurokrise beschert hat, auf die aus den Zeiten der großen Koalition herrührende gute wirtschaftliche Entwicklung nach 2008 und auf Steuererhöhungen, die sie allein zugunsten des Bundes beschlossen hat, während sie zugleich den Ländern Einnahmeverbesserungen verweigert. Hinzu kommt noch der Griff Schäubles in die Sozialkassen (Gesundheitsfonds) und die Belastung

der Kommunen mit neuen Aufgaben ohne finanzielle Kompensation (Eingliederungshilfe, ausstehendes Bundesleistungsgesetz).

Diese verantwortungslose Finanzpolitik des Bundes gegenüber den Ländern und Kommunen muss ein Ende finden.

Meine Damen und Herren,

mit dem blanken Forderungsopportunismus der CDU wären die erzielten Fortschritte der Haushaltssanierung nicht möglich gewesen.

Das betrifft die wichtigsten Maßnahmen wie Begrenzung des Besoldungsanstiegs bei Beamtinnen und Beamten und weitere dienstrechtliche Maßnahmen, spürbarer Personalabbau und Reorganisationsmaßnahmen im Landesdienst (Vermessungs- und Katasterämter, Finanzverwaltung, Grundbuchämtern, im Justizbereich, in Ministerien und Mittelbehörden) und anderes mehr. Hinzu kommen die beschlossenen Einnahmeverbesserungen durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer und den Wassercent gemäß dem, was andere Länder schon länger umgesetzt hatten.

Die mit dem letzten Doppelhaushalt beschlossenen Maßnahmen werden entsprechend der Planung auch in diesem Doppelhaushalt weiter umgesetzt. Hinzu kommt eine Fülle weiterer Maßnahmen in allen Bereichen, die hier nicht alle aufgezählt werden können. Sie reichen aber von moderaten Kürzungen bei Arbeitsmarktmitteln über die Streichung von Stellen in der Schwangerenkonfliktberatung und Rückführungen bei der Denkmalpflege über diverse Maßnahmen im Agrarbereich bis zur Öffentlichkeitsarbeit des Landes.

Dieser große Katalog zusätzlicher Einsparungen beweist: es wurden wirklich alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt, nichts ist außen vor gelassen worden. Und es sind etliche Einsparungen dabei, die schmerzhaft sind.

Die CDU hat die Konsolidierungsmaßnahmen des letzten Doppelhaushalts bekämpft und durch die Bank abgelehnt. Sie hat stattdessen massive ausgabenwirksame Forderungen gestellt. Allein die Forderung, den Tarifabschluss 2013/14 der Angestellten auf die Beamtinnen und Beamten des Landes zu übertragen, würde das Land dauerhaft mindestens 160 Mio. Euro im Jahr kosten. Den Verbundsatz im Kommunalen Finanzausgleich wollten Sie schon vor zwei Jahren um 1% erhöhen. Bei den Kommunen haben Sie den Eindruck hinterlassen, das Land könne in einem dreistelligen Millionenbereich zusätzliche

Mittel in den Kommunalen Finanzausgleich fließen lassen, wenn dies nur politisch gewollt sei. Bei alledem ist von Ihren Forderungen für mehr Stellen bei der Polizei, mehr Straßenbau, mehr Kita-Mittel usw. noch gar keine Rede. Zur Gegenfinanzierung hat die CDU nur Luftbuchungen vorgenommen oder zur Streichung des Pensionsfonds aufgefordert. Also: Vorsorge abschaffen und Kosten auf die kommenden Generationen verschieben. Nimmt man Ihre ausgabenwirksamen Forderungen und die von Ihnen abgelehnten Sparmaßnahmen zusammen, kommt eine etliche hunderte Millionen schwere Belastung des Landeshaushalts dabei heraus. Auf diese Weise verabschieden Sie sich immer wieder von dem Anspruch einer seriösen Haushaltspolitik.

Zu glaubhaften Einsparvorschlägen gehört auch der Mut und die Standfestigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, was aktuell nicht finanzierbar ist. **Sie versprechen allen alles – so kann man das Land nicht regieren.**

Wir wollen einen realistischen Konsolidierungskurs umsetzen. Es hilft nichts, den Menschen ein X für ein U vormachen zu wollen. Konsolidierung muss zudem immer auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Blick haben. Das tun wir, wie wir dafür sorgen, dass bei der Haushaltssanierung die soziale Gerechtigkeit und die ökologische Gestaltung der Zukunft nicht unter die Räder kommt.

Deshalb bleibt die **Bildung einer der großen Schwerpunkte unserer Politik**, der auch in diesem Doppelhaushalt entsprechend finanziert wird.

Aber nicht nur die Bildung, sondern auch soziale Sicherheit, innere Sicherheit und die Weiterentwicklung der Infrastrukturen zählen zu den in diesem Haushalt finanzierten Schwerpunkten unserer Politik.

Ein besonderes Gewicht kommt der Energiewende zu. Deshalb ist es wichtig, dass die Energieagentur mit Regionalbüros breit verankert ist. Die Energiewende muss in den Regionen, bei Bürgern, Kommunen und Unternehmen ankommen und ist auf deren Aktivitäten angewiesen. Dann kann sie beträchtliche Wertschöpfungspotentiale bieten. Deshalb ist es gut, dass wir hieran weiter arbeiten und in diesem Doppelhaushalt die finanzielle Grundlage dafür geschaffen wird.

Meine Fraktion unterstützt nicht minder die Einrichtung eines Nationalparks. Tatsächlich bietet der Nationalpark Chancen für die regionale Entwicklung, die genutzt werden sollten. Die Frontalablehnung durch die Landes-CDU ist ein kurzsichtiger Versuch von Stimmungsolitik. Der wird sich im Sande verlaufen, weil die Region dafür ist.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zur Bildungspolitik kommen.

Wir nutzen Gestaltungsspielräume, die der demografische Wandel uns bietet, zur Qualitätsverbesserung in den rheinland-pfälzischen Schulen. Das ist der Fall bei der Reduzierung der maximalen Klassengrößen bis zur Orientierungsstufe. Wir treiben die individuelle Förderung in unseren Schulen voran, wir verbreitern den Prozess der Inklusion. Die Ausgaben pro Schülerin bzw. Schüler steigen von 3.537 Euro in 2012 auf 3.696 Euro in 2015. Das ist kluges Sparen in Verbindung mit Gestaltung des demografischen Wandels in der Bildung!

Der Anteil der Bildungsausgaben (=Schulsausgaben) an den bereinigten Gesamtausgaben des Landeshaushalts beträgt in den beiden Jahren des Doppelhaushalts 2014 gut 25%. 1996 betrug dieser Anteil noch 18,6%. Das macht deutlich, welche Prioritäten in Rheinland-Pfalz gesetzt wurden und werden.

In diesem Doppelhaushalt sorgen wir u.a.

- für den Ausbau des Vertretungspools im Schulbereich und schaffen hier in zwei Jahren 500 zusätzliche unbefristete Stellen;
- für eine gewisse Kompensation der großen Fehlentscheidung der Bundesregierung, die Mittel für die Schulsozialarbeit ab 2014 zu streichen – kein Wort übrigens zu dieser destruktiven Politik der Merkel-Regierung von der CDU-Opposition;
- für die Schaffung von 100 neuen Dauerstellen im Hochschulbereich.

Und selbstverständlich wenden wir für den Ausbau der Kindertagesstätten erhebliche Mittel auf: 53 Mio. Euro in dieser Legislaturperiode. Sehr viel höher sind die steigenden Ausgaben des Landes für die Betriebskosten der Kitas: 397 Mio. Euro in 2014, 424 Mio. Euro in 2015 sieht der Doppelhaushalt hier vor. Also 821 Mio. Euro - **in zwei Jahren**. Im Vergleich dazu erübrigt sich ein Kommentar zu den von der Bundesregierung bereitgestellten investiven Mitteln von

130 Mio. Euro – **in einer Legislaturperiode!** Verstehe wer will, warum die CDU diesen Beitrag des Bundes immer wieder so hochjubelt.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich damit kurz auf die Frage der gebührenfreien Bildung eingehen. Ich sage ganz klar: wir wollen auch unter Bedingungen der neuen Schuldenbremse an der gebührenfreien Bildung und Betreuung von der Kita bis zum Studienabschluss festhalten. Deshalb haben wir die Abschaffung von Gebühren bis hin zur Schülerbeförderung voran getrieben. Bildung muss ein öffentliches Gut sein, das jedem gleichmäßig zur Verfügung steht. Bildung ist öffentliche Aufgabe. Warum? Aus mindestens vier Gründen:

- Wir wollen Gebührenfreiheit um der Chancengleichheit willen, also wegen der individuellen Lebenschancen, die Bildung jeder und jedem eröffnen kann.
- Selbstverständlich benötigen wir die beste Bildung für Alle auch zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands, also aus volkswirtschaftlichen Gründen.
- Eine breite Bildungsbeteiligung und hohe Betreuungsquote ist aber auch familienpolitisch unabdingbar, sie entlastet Familien finanziell und im Hinblick auf die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Bildung ist nicht zuletzt ein demokratisches Grundgut: wer mehr weiß, kann sich qualifizierter und kritischer am öffentlichen, am kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft beteiligen.

9

Die Politik gebührenfreier Bildung von Anfang an steht in einem diametralen Gegensatz zur Politik der CDU.

Seit Jahren diskutiert die CDU Kita-Gebühren.

Offenbar fehlt Ihnen aber der Mut, ein konkretes Modell vorzulegen! Sie wagen es nicht, auf Heller und Pfennig vorzurechnen, wen Sie wie belasten wollen. Sie sind intern heillos zerstritten in dieser Frage und wissen nicht, wohin Sie wollen.

Wer wie Sie, oder viele von Ihnen, Kita-Gebühren für sinnvoll erachtet, vertritt wie die Befürworter des Betreuungsgeldes ein vollkommen überaltertes Familien- und Frauenbild.

Unsere Richtung ist klar: gegen Gebühren, für Bildungsgerechtigkeit.

So wie es heute kaum noch nachvollziehbar ist, dass es früher Schulgeld gab, so wird es in einigen Jahren gesellschaftlicher Grundkonsens sein, dass für Bildung in Deutschland keine Gebühren genommen werden.

Vordergründig ist es populär zu sagen, dass der Arzt mit seinem hohen Einkommen sich an den Kosten der Kitas beteiligen, man dies aber von der Krankenschwester nicht erwarten könne. Ich sage Ihnen, dass Sie weit in die unteren Einkommensschichten hinein Gebühren kassieren müssen, wenn Sie eine substantielle Refinanzierungswirkung erreichen wollen. Am Ende sind es auch Busfahrer und Erzieher, die Beförderungskosten und Kita-Gebühren zu zahlen haben werden.

Schauen wir einmal kurz über den Rhein:

In der Stadt Wiesbaden sind für einen Kindergartenganztagsplatz grundsätzlich 160 Euro pro Monat für das erste Kind zu zahlen, macht 1920 Euro pro Jahr. Hinzu kommt ein Verpflegungsgeld von 35 Euro im Monat. Die Jahresbelastung liegt also bei 2340 Euro. Es gibt Zuschüsse in drei Abstufungen. Das Resultat dieser sozial gestaffelten Gebührenerhebung ist, dass eine vierköpfige Familie für ihr erstes Kind im Ganztagskindergarten 1008 Euro Gebühren und Verpflegungsgeld im Jahr zahlt, und dies selbst dann, wenn ihr Nettoeinkommen nur gering über dem liegt, was diese Familie nach Hartz IV einschließlich einer angemessenen Miete erhalten würde. Das macht deutlich, dass auch von einer sozial gestaffelten Gebührenpflicht Familien belastet werden, deren Einkommen weder als gehoben, noch gar als hoch bezeichnet werden kann.

10

Die SPD will eine gerechte Bildungsfinanzierung. Gebühren führen zu sozialem Ausschluss, sie führen zu Bildungsenthaltung bei den sozial Schwächsten. Wir wollen eine Finanzierung öffentlicher Aufgaben wie der Bildung und Betreuung über ein gerechtes Steuersystem. Und in dieser Hinsicht haben wir in Deutschland einiges zu tun.

Frau Klöckner dagegen will, dass Rheinland-Pfalz der Länderfinanzausgleich gekürzt wird. An der Seite von Herrn Bouffier macht sie vor dem Mainzer Hauptbahnhof Stimmung gegen das Land. Mit hessischen Steuergeldern leiste sich Rheinland-Pfalz, wovon hessische Eltern nur träumen könnten: kostenlose Kindergartenplätze. (Flugblatt vom 4. September 2013) Die Realitäten der gesamten innerstaatlichen Finanztransfers interessieren in der Union ohnehin

niemanden. Die Begründung eines Finanzausgleichs im föderalen Staat schon gar nicht. Tatsache ist: Rheinland-Pfalz hat eine politische Prioritätenentscheidung getroffen, die Hessen nicht getroffen hat: Gebührenfreiheit. Deshalb gibt es in Hessen keine gebührenfreien Kindergärten. Nicht, weil das Geld dafür in Rheinland-Pfalz ausgegeben wird!

Frau Klöckner sollte sich entscheiden: Arbeit im Interesse der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer oder Feilen an der bundespolitischen Karriere? Denn beides zusammen bekommt sie offensichtlich nicht unter einen Hut. Im Gegenteil. Sie pfeift auf die Interessen des Landes, wenn es ihr nur für ihre bundespolitischen Ambitionen förderlich erscheint.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch einmal kurz auf die Frage des Landespersonals im Kontext der Konsolidierung zurückkommen.

Es war immer klar, dass die Konsolidierung des Landeshaushalts nicht gelingen kann, indem man an den Kosten für das Personal des Landes vorbeigeht. Sie machen ca. 40% der Landesausgaben aus. Und es war auch immer klar, dass dies nicht nur schmerzhaft für die Betroffenen, sondern natürlich auch konfliktreich sein würde. Die entsprechenden Entscheidungen waren und sind schmerzlich.

Wir haben zentrale Schritte für die Sanierung der Landesfinanzen unternommen, im Dienstrecht und beim Personalabbau in Verbindung mit Strukturveränderungen bei Landesverwaltungen. Davon war schon die Rede.

In diesem Doppelhaushalt werden wir das fortsetzen: die Zahl der Landesbediensteten sinkt mit diesem Doppelhaushalt um weitere 1.575 Vollzeitstellen. Eingespart werden dadurch langfristig 84,5 Mio. Euro. Der aus dem – ohne Kündigungen umgesetzten – Personalabbau resultierende Konsolidierungsbetrag beläuft sich dann auf insgesamt 156 Mio. Euro.

Unser Personalabbau folgt ganz klar den für uns zentralen Kriterien: Sozialverträglichkeit, Gerechtigkeit, Effizienz, Erhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, Sicherung der staatlichen Aufgabenerfüllung und damit: Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz.

Wie schon gesagt: die CDU hat das alles verworfen. Sie hat sich opportunistisch verhalten, und die Beschäftigten wissen nur zu gut, dass die Solidarität der CDU sozusagen unter Finanzierungsvorbehalt steht und reale Verantwortungsübernahme nicht mit ihr verknüpft ist. Wer allen alles verspricht, gewinnt keine Glaubwürdigkeit.

Meine Damen und Herren,

im Zusammenhang mit der Vorstellung des Haushaltsentwurfs hat die Landesregierung angekündigt, die Regelaltersgrenze bei Beamtinnen und Beamten ab 2016 schrittweise auf 67 zu erhöhen. Ausnahmen bzw. besondere Regelungen wird es aber in weiten Bereichen des Landesdienstes geben: bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei der Polizei und beim Strafvollzugsdienst.

Die Einführung soll in Analogie zu dem bei der gesetzlichen Rentenversicherung eingeleiteten Prozess erfolgen. Die volle Wirksamkeit wird damit erst 2029 erreicht sein. Das langfristige Konsolidierungsvolumen wird dann ca. 40 Mio. Euro im Jahr betragen.

Meine Fraktion unterstützt diesen Schritt. Wir vollziehen mit einer zeitlichen Verzögerung nach, was in der Rentenversicherung schon länger geregelt ist. Es handelt sich um eine langfristige Maßnahme, die nun eingeleitet werden muss.

Wir sind uns natürlich der Kritik der gewerkschaftlichen Organisationen, und nicht nur von ihnen kommt sie, bewusst. Bei vielen Betroffenen mag die Beurteilung ambivalenter sein, als bei den Interessenorganisationen. Denn für weite Teile des öffentlichen Dienstes bestehen die Probleme nicht, die in der gewerblichen Wirtschaft gute Gründe dafür sind, die Rente mit 67 mit Skepsis zu betrachten. Insbesondere sollen Ausnahmen in besonders belastenden Bereichen entsprechend geregelt werden bzw. bestehen bleiben.

Wir werden mit den gewerkschaftlichen Organisationen, mit den DGB-Gewerkschaften und mit dem DBB, einen engen Gesprächskontakt suchen, um deren Vorstellungen zur Gestaltung dieses Übergangs möglichst in unsere Überlegungen einbeziehen zu können. Dass wir diesen Übergang nun einleiten, halten wir aber für notwendig.

Meine Damen und Herren,

dieser Doppelhaushalt setzt auch die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs um, die der Landtag erst vor kurzem beschlossen hat.

Wir haben diese Reform hier breit diskutiert. Dabei ist deutlich geworden, dass auch hier die CDU nicht den Weg einer verantwortungsvollen Gestaltung gehen will, sondern auf maximalen Positionen beharrt, die in die Totalopposition führen. Auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes wird dabei keine Rücksicht genommen. Ein verfassungsgemäßer Haushalt interessiert die CDU nicht.

Tatsache ist: die Mittel im Kommunalen Finanzausgleich wachsen um 490 Mio. Euro bis 2016.

Im Ergebnis - ich wiederhole es immer wieder gerne - werden die Kommunen in Rheinland-Pfalz ab 2014 im Durchschnitt eines Konjunkturzyklus in ihrer Gesamtheit einen positiven Finanzierungssaldo erreichen. Das ist seit langer Zeit dann erstmalig wieder der Fall.

Wir beweisen mit diesem Haushalt wie mit dem neuen Landesfinanzausgleichsgesetz: die Kommunen in Rheinland-Pfalz werden vom Land nicht allein gelassen. Im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unternimmt das Land das Mögliche, um die kommunale Finanzausstattung zu verbessern und gerechter zu machen.

Die CDU mag sehen, wie sie mit ihrem „ALLEN ALLES“ glücklich wird. Wir sind pragmatische Realisten. Um mit dem Verfassungsgerichtshof zu sprechen: wir „spannen unsere Kräfte maximal an“, wie er es in seinem Urteil vom Februar 2012 von den Kommunen verlangt hat.

13

Meine Damen und Herren,

die Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf präsentiert, der die Zustimmung meiner Fraktion finden wird. Die Detailberatungen beginnen nun erst. Wir werden sicher Veränderungen vornehmen. Es gilt das Strucksche Gesetz: kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineingekommen ist.

Eine Notwendigkeit grundlegender Veränderungen sehe ich freilich nicht. Das ist klar geworden und wird niemanden überraschen. Sondern es wird als der Normalfall für eine Regierungsfraktion erkannt werden, die eng und vertrauensvoll mit der Regierung zusammenarbeitet. Das gilt in Haushaltsfragen natürlich besonders für den Finanzminister, lieber Dr. Kühl, dem wir sehr für die harte Arbeit der letzten Wochen danken. Es gilt dann aber auch für den ganzen Ministerrat, und an dessen Spitze natürlich für die Ministerpräsidentin, liebe Frau Dreyer.

Mit diesem Haushaltsentwurf 2014/2015 zeigen Landesregierung und rot-grüne Koalition, dass sie eine Haushaltspolitik für Rheinland-Pfalz verfolgen, die einer klaren Konzeption absolut zuverlässig folgt. Es ist die Linie einer zukunftsgerechten Konsolidierung, die Linie einer Konsolidierung der Landesfinanzen in Verbindung mit der weiteren Gestaltung der zentralen Zukunftsaufgaben des Landes.

Wir verfolgen eine Konsolidierung, die realistisch ist, keine gefährlichen Wolkenkuckucksheime und leeren Versprechungen. Unsere Politik ist kein „ALLEN ALLES“. Mutloser Opportunismus ist das Ende glaubwürdiger Haushaltskonsolidierung und das Ende von Zukunftsgestaltung.

Wie die Konsolidierung führen wir die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit für Rheinland-Pfalz konsequent fort: gute Bildung, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur, Energiewende und Umwelt- und Naturschutz bleiben die Markenzeichen dieser rot-grünen Koalition.

Ich bin ganz sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz diesen Kurs in ihrer großen Mehrheit auch weiterhin mittragen werden.

Realismus und Zuverlässigkeit werden sich für Rheinland-Pfalz auszahlen.